

Afghanistan ad infinitum?

Attila Kiraly

Erst der Regierungswechsel in Washington, nun der in Berlin. US-Präsident Barack Obama hatte sich dazu verstanden, die beiden Kriege, die sein Vorgänger im Amte ihm hinterließ, unterschiedlich zu behandeln. Den Irakkrieg befand er für falsch und den Interessen des Landes hinderlich, also Abzug der US-Truppen, während er den Afghanistankrieg für richtig und auch weiter zu führen erklärte. Das war inkonsequent und unlogisch; hätte er die Argumente des einen Falles auf den anderen angewendet, hätte er entweder beide beenden oder beide fortführen müssen.

Dies geschah offenbar unter Einflüsterung des Alt-Geopolitikers Zbigniew Brzezinski, der bereits während des Wahlkampfes zu den außenpolitischen Ratgebern Obamas gehörte. Einst hatte der den Afghanistankrieg erfunden, um der Sowjetunion eine strategische Niederlage zu bereiten. Bekanntlich ging das Kalkül auf. Am Ende hatten nicht nur die Sowjetunion ihr friedenspolitisches Gesicht sowie die Sowjetarmee den Nimbus der Unbesiegbarkeit verloren, sondern es fielen auch das sowjetische politische System und der Vielvölkerstaat. Die alten Schriften der Geopolitiker besagen, dass die Welt beherrscht, wer über das Zentrum der eurasischen Landmasse verfügt, und das liegt irgendwie in Afghanistan. Wenn dann noch Erdöl- und Erdgasleitungen hinzukommen oder militärstrategische Planspiele, von dort aus China, Indien, Iran, Teile Russlands usw. bedrohen zu können, umso besser. Das ist aber nicht Bedingung, wenn man an die Lehrsätze der klassischen Geopolitik glaubt. Bei Brzezinski ist die Argumentation klar; die anderen Politiker des Westens reden von Terrorabwehr, Frauenrechten, Schulunterricht und anderen hehren Zielen.

Die Fortführung des Afghanistankrieges ist logische Konsequenz. Die Truppenstärke der USA in Afghanistan wurde seit Amtsantritt Obamas bereits verdoppelt und erreicht 68.000 Soldaten. Der neue Befehlshaber vor Ort, General McChrystal, verlangt weitere Aufstockung. Von mindestens 25.000, eher 40.000 oder noch mehr ist die Rede. Ob das eine ernsthafte Option sein soll, den Krieg zum „siegreichen Ende“ zu führen, oder nur der Versuch der Militärführung, die Schuld für die Niederlage den Zivilisten in Washington zuzuschieben, ist derzeit unklar.

Und die Deutschen? Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen den Afghanistankrieg und für den baldigen Abzug der deutschen Truppen, die Mehrheit der politischen Klasse für das Gegenteil. Da Letztere dem erklärten Willen Ersterer nicht folgen will, gilt es als Problem der „Vermittlung“, vulgo: Das Volk, der große Lämmel, hat nicht begriffen, was die Politik Segensreiches betreibt. Im Kern gibt es eine außenpolitische Kontinuität dieser Bundesrepublik. Zuerst betrieben die Christdemokraten die Westbindung, dem stimmten die Sozialdemokraten Ende der 1950er Jahre zu, dann bewirkten die Sozialdemokraten den Ausgleich mit Osteuropa, dem stimmten die Christdemokraten Anfang der 1980er Jahre zu. Einen außenpolitischen Dissens gab es erst wieder, als Bundeskanzler Schröder dagegen war, dem damaligen US-Präsidenten Bush in den Irakkrieg zu folgen, während Angela Merkel dafür war; als sie 2005 Kanzlerin wurde, ließ sie alles, wie es war, ließ sich von Bush die Schulter massieren, aber tat in der Sache nichts anderes als ihr Vorgänger.

Auch nach dem Koalitionswechsel sind jähe Wendungen nicht zu erwarten. „Das schwarz-gelbe Berlin wird in vielerlei Hinsicht aussehen wie das schwarz-rote“, schrieb eine Woche nach der Bundestagswahl ein großes deutsches Nachrichtenmagazin. Das gilt auch und besonders für die Außenpolitik. Allerdings liegt damit auch das Problem des Afghanistankrieges weiter auf dem Tisch. Man geht davon aus, dass Obama auch von Deutschland eine Truppenaufstockung erwartet, und ebenso, dass Merkel dem höchstens symbolisch, nicht substantiell folgen wird. Nicht erwartet wird, dass diese Regierung die Kriegsbeteiligung grundsätzlich infrage stellt. Der Afghanistankrieg aber ist militärisch nicht zu gewinnen. Das niederländische Parlament hat gerade beschlossen, den Afghanistaneinsatz nicht zu verlängern. In Deutschland heißt es dagegen, das ginge nicht, weil: der Wiederaufbau, die Frauen, der Terrorismus ...

Das alles geht am Kern der Sache vorbei. Der Westen hat nur noch die Wahl, geordnet aus Afghanistan abzuziehen, wie die Russen 1989, oder flüchtend, wie die US-Truppen 1975 aus Vietnam. Solange die Bundesregierung dies nicht begreift, ist sie für weitere tote Afghanen und auch für tote junge Deutsche verantwortlich.